

THEMA

SOCIAL-MEDIA-VERBOT UND SEINE FOLGEN

Ausweispflicht im Internet

Joël Adami

REGARDS

Ist es bald vorbei mit „Instagram“, „Snapchat“, „TikTok“ und Co? Für Jugendliche unter 16 Jahren soll der Zugang auf diese Plattformen verboten werden. Doch das hätte weitreichende Folgen für die Privatsphäre und den Datenschutz aller.

Womöglich verlieren viele soziale Netzwerke bald eine große Nutzer*innengruppe, ein eventuelles Verbot von Social Media für Jugendliche wird in vielen Ländern diskutiert. Je nachdem wird ein unterschiedliches Alter genannt, bis zu dem ein Zugang nicht gestattet werden soll, doch der Tenor ist überall gleich: Durch starke Social-Media-Nutzung leide die mentale Gesundheit von Jugendlichen, daher müsse man ihnen das verbieten. Im vergangenen November hatte das EU-Parlament ein Mindestalter für Social Media gefordert. In Frankreich wurde am 27. Januar ein entsprechender Gesetzesvorschlag eingebracht, der ein Verbot bis zum Alter von 15 Jahren vorsieht. In Deutschland diskutiert die Regierung ebenfalls, bis Sommer soll dort eine Entscheidung fallen. Die Abgeordneten des Luxemburger Parlaments berieten am 21. Januar darüber, auch hier schien eine große Mehrheit von dem Vorhaben überzeugt.

Die Debatte wird meist nicht auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse geführt. Was als vermeintliche Fakten zitiert wird, hat bei näherer Betrachtung oft wenig Bestand. So kam eine Meta-Review-Studie von 2021, die Ergebnisse von insgesamt über 700 Studien analysierte, zu dem Schluss, dass Ursache und Wirkung hinsichtlich der mentalen Wirkung sozialer Medien bisher nicht eindeutig geklärt sind. Ein Problem ist beispielsweise die Methodik: Viele Studien haben nicht einmal objektiv gemessen, wie viel Zeit Jugendliche mit sozialen Netzwerken verbringen. Oft wurden Jugendliche einfach nur nach ihrem Befinden und danach, wie oft sie So-

cial Media benutzen, gefragt. Welche Inhalte sie konsumieren oder mit wem sie wie kommunizieren, wird viel seltener untersucht.

Dabei hat das, was sich Jugendliche online ansehen und wie sie damit umgehen, einen viel stärkeren Einfluss auf ihr Wohlbefinden als die reine Zeit, die sie online verbringen. Zu diesem Schluss kommt ein wissenschaftliches Review, das Anfang Februar veröffentlicht wurde. Auch hier wurden hunderte Studien einbezogen. Das kondensierte Ergebnis: Die größten Risikofaktoren sind Cyberbullying, Mobbing, Schlafentzug und schädliche Inhalte wie zum Beispiel idealisierte Körperbilder. Auch die Mechanismen der Plattformen, die darauf ausgerichtet sind, dass der App möglichst viel Aufmerksamkeit gewidmet wird, können zwanghaften Konsum, soziale Vergleiche und negative Emotionen verstärken, so die Wissenschaftler*innen.

Sie betonen aber auch, dass Social-Media-Nutzung für Jugendliche bei weitem nicht nur negativ ist: Insbesondere bei jungen Menschen aus marginalisierten Gruppen oder mit einem unzureichenden Unterstützungssystem gibt es positive Effekte. Sie sind weniger einsam und fühlen sich besser, wenn sie online soziale Verbindungen knüpfen, ihre Identität ausleben und Informationen zu geistiger Gesundheit erhalten können. Das gilt gerade für LGBTQIA-Jugendliche, die oft ein hohes Risiko für schlechte geistige Gesundheit haben, was durch Social Media relativiert werden kann. Dass Jugendliche durch ein Verbot den Zugang zu niederschweligen Ressourcen über geistige Gesundheit verlieren, davor hatten im September 2025 auch australische Wissenschaftler*innen gewarnt.

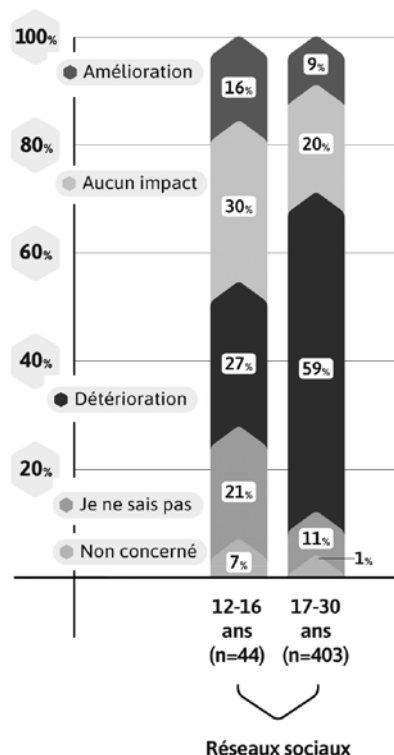
Obwohl die wissenschaftliche Evidenz viel nuancierter ist als die Politik es glauben machen will, sieht es so

aus, als sei ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unausweichlich. Um dies umzusetzen, muss das Alter überprüft werden. Aktuell folgen bereits viele Social-Media-Plattformen der Regel, dass unter 13-Jährige sie nicht nutzen dürfen. Sie glauben jedoch den Angaben der Nutzer*innen, ohne diese zu überprüfen. Ein Verbot wie jenes in Australien, das mit hohen Strafen droht, lässt die Plattformen umdenken. Eine Altersverifikation ist jedoch immer ein Risiko für den Schutz persönlicher Daten, von dem alle Nutzer*innen betroffen sind.

Australien hat den Plattformen freie Wahl bei den Mitteln der Altersüberprüfung gelassen. Einzige Voraussetzung ist, dass sie mehr als eine Methode anbieten und diese „angemessen“ sein sollen. Dazu kann ein digitalisierter staatlicher Ausweis gehören – eine Pflicht dafür gibt es allerdings nicht. Viele benutzen die Dienste spezieller Anbieter, die meist ein Foto eines offiziellen Dokuments als Altersnachweis verlangen. Oft ist das sogar zusätzlich zu einem Foto des Gesichts notwendig, bei dem das Alter mittels Bilderkennung festgestellt wird. All diese Methoden können von findigen Teenagern – die mangels Zugang zu Social Media viel freie Zeit zur Verfügung haben – umgangen werden. Sie nutzen sogenannte „künstliche Intelligenz“, um ihr Foto so zu verändern, dass sie älter wirken, kaufen Scans von echten Ausweisdokumenten oder nutzen die Charaktererstellung von Spielen wie „Die Sims“, um die Gesichtserkennung auszutricksen. Wie effektiv das australische Verbot ist, bleibt umstritten: Während die Regierung angibt, dass seit dessen Inkrafttreten etwa 4,7 Millionen Social-Media-Konten gesperrt wurden, gibt es unzählige Berichte darüber, dass Jugendliche doch einen Weg finden, die Apps zu benutzen.

Zudem stehen viele der Firmen, die Altersverifikation anbieten, in der Kritik. So wurde erst letzte Woche

So bewerten Luxemburger Jugendliche ihre Erfahrungen auf Social Media nach dem neusten „Bee Secure“-Radar. Gefragt wurde, wie Social Media die eigene mentale Gesundheit beeinflusst.



GRAFIK: BEE SECURE (ANGEPASST ZUR BESSEREN LESBARKEIT DURCH DIE WOXX)

Am Handy spielen wird
auch für die Kleinsten
weiterhin erlaubt bleiben
– solange die Eltern
einverstanden sind.



FOTO: ALEXANDRE PIDVALANT/PIVABAY

bekannt, dass die Software der vom Tech-Milliardär Peter Thiel finanzierten Firma „Persona“ eine kritische Schwachstelle hatte. Dadurch waren tausende Ausweisdokumente frei verfügbar im Internet abrufbar. Die bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebte Spieleplattform „Roblox“ arbeitet mit Persona zusammen, aber auch „OpenAI“, der Taxiservice „Lime“ und das Business-Netzwerk „LinkedIn“. Ein Blogger namens „rogi“ schlüsselte in einem Post auf, was mit seinen Daten passierte, nachdem er bei letzterem seine Identität verifizierte. Die Daten auf seinem Ausweis, ein Selfie, die Kenndaten seines Gerätes, sein Standort und biometrische Daten über sein Gesicht landeten nicht nur in der Datenbank von Persona, sondern auch bei 17 anderen Firmen – die allesamt in den USA oder Kanada ansässig sind. Da Persona ein „legitimes Interesse“ daran anmeldet, werden diese Daten auch alle – angeblich konform mit dem europäischen Datenschutz – zum Training einer KI eingesetzt.

Die Luxemburger Regierung plant, die Altersverifizierung über die europäische digitale Brieftasche, die „European Digital Identity Wallet“ durchzuführen. Darin sollen Dokumente wie Führerschein oder Ausweis hinterlegt werden können („ePortmonni“; woxx 1770). „Dieses Werkzeug wird auf Plattformen benutzt werden können, die eine Altersgrenze über eine App überprüfen – ohne dass andere persönliche Daten wie der Name oder das Geburtsdatum übermittelt werden,“ so eine Sprecherin des „Service des médias, de la connectivité et de la politique numérique“ des Staatsministeriums gegenüber der woxx. Auch „Déi Gréng“ und LSAP, die sich in der Diskussion beide für ein Social-Media-Verbot aussprachen, wollen auf diese Technik, auch „Zero Knowledge Proofs“ genannt, setzen. Ein soziales Netzwerk, das auf diese Art und Weise das Alter überprüft, weiß also nur, dass ein*e

Nutzer*in älter als beispielsweise 16 Jahre alt ist – sonst nichts.

Dieses Verfahren ist aber auch nicht ohne Kritik geblieben. Wird die Anonymität tatsächlich gewahrt, dürfte es für technisch versierte Menschen nicht allzu schwer sein, ihren digitalen Altersnachweis an jüngere „weiterzugeben“. Um das zu verhindern, müsste der Altersnachweis mit der Person abgleichbar sein – und die Anonymität wäre futsch. Auch könnten unabsichtlich mehr Informationen weitergegeben werden als gewollt: Identifiziert man sich im Februar als 15-Jähriger und im April als 16-Jähriger, weiß die App ziemlich genau, wann man Geburtstag hat. Außerdem würden Menschen, die keine (europäischen) Papiere haben, de facto von der Nutzung sozialer Netzwerke ausgeschlossen. Aus dem Staatsministerium heißt es dazu, dass „alternative Möglichkeiten“ in Betracht gezogen würden – ohne jedoch zu erklären, wie diese aussehen könnten.

Technologisch soll niemand ausgeschlossen werden: „Die Altersverifikation soll unabhängig vom Betriebssystem funktionieren“, so die Sprecherin des Staatsministeriums. Nachdem die App „in den gängigen AppStores“ angeboten werden soll, ist jedoch zu bezweifeln, dass die Wallet auf einer Android-Version, aus der sämtliche „Google“-Dienste ausgesperrt wurden, funktionieren wird. Solche Nischen-systeme, die von Google unabhängig sind, existieren jedoch sehr wohl. Politiker*innen versprechen gerne unfehlbare digitale Systeme – was aber leider oft genug nicht der Realität entspricht.

Wissenschaftler*innen empfehlen statt einem Verbot neben pädagogischen Maßnahmen und Medienbildung, die Plattformen stärker zu regulieren. Dazu könnte gehören, Mechanismen wie endloses Scrollen oder starke Personalisierung der Inhalte zu verbieten oder einzuschränken. Auch eine bessere Kontrolle der Inhalte – und Verantwortung für ebene – könnte das Leben angenehmer machen. Nicht nur für Jugendliche, sondern auch für alle Erwachsenen, die Social Media benutzen. Die LSAP, deren Abgeordneter Ben Polidori einen eigenen Gesetzesvorschlag für ein Verbot eingereicht hat, sieht Probleme bei einer nationalen Lösung: „Diese Mechanismen fallen in den stark harmonisierten Rahmen, der durch EU-Regelungen wie den Digital Services Act geregelt wird, die keine Möglichkeit übrig lassen, national zu regulieren“, so eine Sprecherin der LSAP gegenüber der woxx. Die Regierung wiederum beruft sich auf die EU: Die Kommission arbeite gerade an dem „Digital Fairness Act“, der solche Mechanismen regulieren soll.

„Süchtigmachende Designs müssen unterbunden und Firmen für das, was auf ihren Plattformen passiert, viel stärker zur Verantwortung gezogen werden. Bestehende EU-Regulierungen müssen effizient umgesetzt, aber verschärft werden“, heißt es von Déi Gréng. Es besteht in Luxemburg also eine paradoxe Situation: Obwohl sich eine große parlamentarische Mehrheit einig ist, dass eher die Regulierung der Anbieter verschärft werden muss, hält diese dennoch an einem Verbot für bestimmte Altersgruppen von

Verbraucher*innen fest. Eher schränkt man ihre Freiheit ein, als jene der betreffenden Gewerbe. Man müsse kurzfristige Maßnahmen treffen, um Kinder und Jugendliche zu schützen, so ein Sprecher von Déi Gréng weiter.

Auf die Frage, was mit den Vorteilen von Social Media ist, die beispielsweise für LGBTIQ-Jugendliche messbar sind, klingen die Antworten eher ausweichend: „Es ist nicht geplant, allen Minderjährigen den Zugang zum Internet oder allen Kommunikationsmitteln zu verbieten. Man soll sich immer noch austauschen, Informationen finden und auch aktiv werden können“, so die Sprecherin des Staatsministeriums. Während das Cyberbullying also lediglich den Kanal wechseln wird, werden Jugendlichen Informationsquellen – die aktuell nun einmal häufig aus sozialen Netzwerken bestehen – vorenthalten. Die LSAP fordert in ihrem Gesetzesvorschlag „digitale safe spaces“ für LGBTIQ-Jugendliche, während es von Déi Gréng heißt, dass die Nachteile derart überwiegen, dass ein Verbot unumgänglich sei.

Die Jugendlichen selbst sind nicht glücklich über ein Verbot: Die nationale Schüler*innenkonferenz CNEL schrieb am vergangenen Mittwoch in einer Pressemitteilung, ein Verbot sei nicht die passende Antwort für die komplexe Problematik von Social Media. Sie fordert deswegen mehr Medienbildung und Sensibilisierung der Eltern und Lehrkräfte. Statt einem Verbot will die CNEL eine stärkere Regulierung der Plattformen und „angepasste Schutzmaßnahmen“ für Jugendliche.